

daß mit Ausnahme eines Falles, die Aufhebung der Immunität vom Landtag stets verweigert worden sei, wenn ein Abgeordneter wegen eines Verkehrsdeliktes belangt werden sollte.

Die Anregung an den Journalisten Karbe war nicht zufällig: Es lagen im Justizministerium Beschwerden einiger Gerichte vor, weil Verkehrsvergehen nicht abgeurteilt werden konnten, solange ein am Unfall beteiligter Abgeordneter nicht rechtlich zu belangen war. Auch die Versicherungen weigerten sich zu zahlen, solange die Schuldfrage nach einem Unfall, an dem ein Abgeordneter beteiligt war, nicht geklärt werden konnte.

Im Münchner Präsidium der Stadtpolizei hatte man bis dahin nie etwas von der ministeriellen Anweisung an die Landpolizisten gehört, die Karbe kritisierte. Als der Artikel erschienen war, beeilte sich das Stadtpolizei-Präsidium, auch an alle Münchner Reviere die Anweisung herauszugeben: „... nicht zulässig ist somit, den Abgeordneten selbst sowie Zeugen über das Verhalten des Abgeordneten zu vernehmen, Fahr-, Brems- und andere Spuren, die vom Fahrzeug des Abgeordneten herrühren, festzustellen, zu vermessen, zu fotografieren, das Fahrzeug sicherzustellen oder Blutproben anzuordnen ...“

Damit war nun zwar die Rechtseinheit zwischen Stadt und Land wiederhergestellt, zugleich aber auch die Öffentlichkeit rebellisch gemacht worden. Die „Münchner Abendzeitung“ erkundigte sich, wer diese Verordnung herausgegeben habe und schimpfte, bei diesem Zustand seien die Bürger praktisch „Freiwill für Abgeordnete“.

Der Abgeordnete der Bayernpartei, Alfred Pöllath, fragte daraufhin im Landtag die Regierung, was sie zu tun gedenke, um „diesem unqualifizierbaren Verhalten einer Zeitung Einheit zu gebieten“, deren Artikel geeignet gewesen sei, „nicht nur jeden Abgeordneten im einzelnen, sondern den Landtag in seiner Gesamtheit bei der Öffentlichkeit lächerlich zu machen und zu diffamieren“.

Staatssekretär Vetter bedauerte vor dem Landtag, presserechtlich sei nichts zu machen. Zugleich ergriff Vetter die Gelegenheit, den Abgeordneten vorzuhalten, sie hätten oft die Aufhebung der Abgeord-

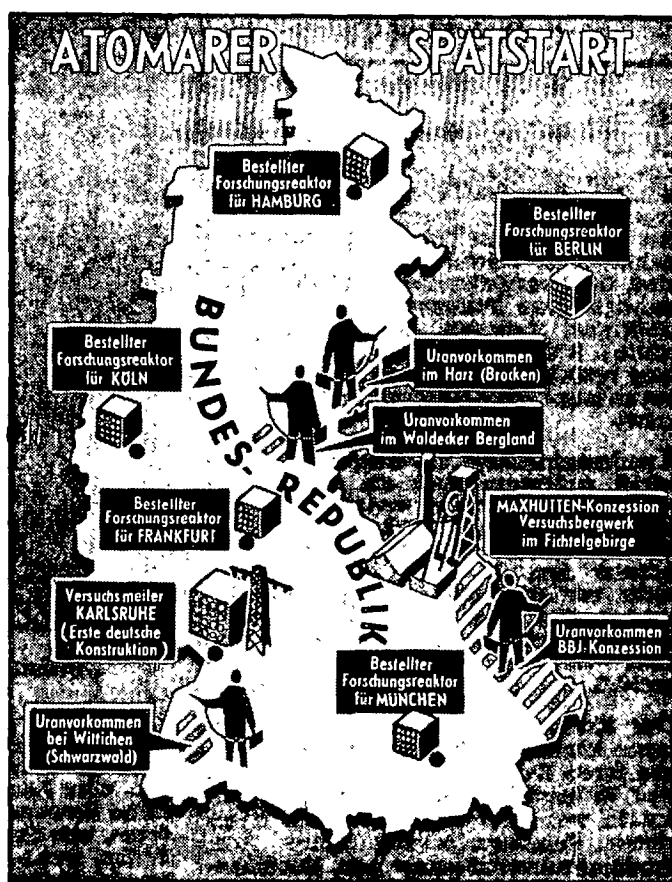
neten-Immunität in Verkehrssachen debattiert, zu einem Beschluß sei es aber nie gekommen. Zuletzt habe jedoch der Abgeordnete Jean Stock gefordert, bei Verkehrsvergehen die Immunität der Abgeordneten nicht gelten zu lassen. Der Staatssekretär sagte: „Das Hohe Haus konnte sich zu dieser grundsätzlichen Auffassung nicht durchringen.“

Aus den Anfragen — zwei Abgeordnete wollten wissen, ob die Münchener Polizeiverordnung notwendig sei — scheine sich jedoch, so schloß Vetter, die Bereitschaft des Hohen Hauses zu ergeben, die Verkehrsimmunität nun doch endgültig aufzuheben und diesen Verfassungsteil enger zu interpretieren.

Die Staatsregierung nehme das mit Befriedigung zur Kenntnis.

Darauf begab sich Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner zum Rednerpult und redete den Abgeordneten gut zu: „Nach meiner Meinung steht ja bei einem Unfall zunächst gar nicht fest, wer der Schuldige ist. Auch wenn ein Abgeordneter beteiligt ist, ist damit noch lange nicht von vornherein erwiesen, daß der Abgeordnete der Schuldige ist. Infolgedessen ist es meines Erachtens durchaus zulässig, den objektiven Tatbestand festzustellen, der ja nicht nur für das Strafverfahren, sondern auch für die Frage der Zivilhaftung von erheblicher Bedeutung ist“.

In diesen Gedankengängen bewegt sich auch das „Verfassungsverständnis“, das der Ministerialdirigent Feneberg aus dem bayrischen Innenministerium letzte Woche fertiggestellt hat. Vorläufig wird es jedoch der Öffentlichkeit noch geheimgehalten.



BERGBAU

URAN

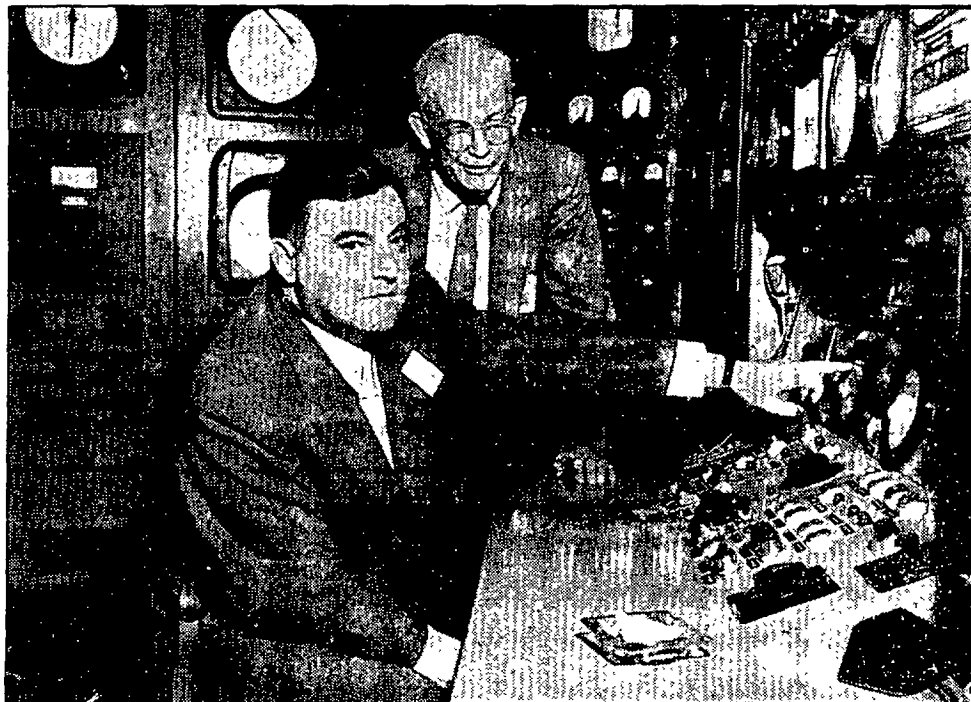
Flicks Versuchsschacht

Zwischen der provisorischen Hauptstadt Bonn und dem nordbayrischen Industrie-Ort Sulzbach-Rosenberg pendelten in letzter Zeit Kuriers, die dem Bundesminister für Atomfragen, Franz-Josef Strauß, versiegelte Mappen überbrachten. Der Inhalt dieser Dossiers gewann für Strauß an Bedeutung, seit er sich sehr intensiv mit der Frage befaßt, ob die in der atomaren Entwicklung zurückgebliebene Bundesrepublik diesen Rückstand aufholen kann, wenn sie sich eine — auch noch so bescheidene — eigene Atombrennstoffquelle schafft.

Die Möglichkeit, eine solche Quelle zu erschließen, bietet sich dem Minister Strauß in seiner bayrischen Heimat — im Fichtelgebirge, wohin die Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte AG, eine Tochtergesellschaft des Friedrich-Flick-Konzerns in Sulzbach-Rosenberg, bereits vor fünf Jahren Uransucher aussandte.

Am heftigsten reagierten die Geigerzählrohre der Suchtrupps am Rudolfstein und am Nordosthang des Schneebergs bei Weißenstadt (siehe Karte). Durch Probebohrungen stellten Fachleute fest, daß in dieser Gegend in vier Sohlen bis zu einer Tiefe von 200 Metern die ergiebigsten Uranvorkommen der Bundesrepublik lagern.

Daraufhin wurde der Flickschen Maximilianshütte in aller Stille die offizielle Konzession erteilt, weiter nach Uran zu forschen und bei Weißenstadt einen Versuchsschacht in Betrieb zu setzen. Die Maxhütten-Leute förderten inzwischen etwa 50 Tonnen uranhaltigen Gesteins zutage, die anschließend von der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt (Degussa) in Frankfurt am Main aufbereitet worden sind. Flicks Hüttendirektion aus dem nord-



Atomminister Strauß mit amerikanischem Reaktor-Konstrukteur: Uran nur leihweise

bayerischen Sulzbach-Rosenberg konnte dem Atomminister Strauß bereits einen fünf Kilogramm schweren Würfel Uranmetall höchster Reinheit überreichen — die erste kompakte Ausbeute aus dem Versuchsbergwerk im Fichtelgebirge.

In Flicks Konzessionsbereich werden etwa 100 000 Tonnen Uranerz vermutet, die bei einem Durchschnittsgehalt von 500 Gramm reinem Uran je Tonne Fördergut etwa 50 Tonnen Uran ergeben sollen.

Der Gesteinspreis des deutschen Urans liegt allerdings wegen der hohen Aufbereitungskosten der uranarmen Erze mit 675 bis 700 Mark je Kilogramm weit über dem internationalen Durchschnitt. (In Amerika kostet die gleiche Menge etwa 200 Mark.) Trotzdem soll die Flicksche Uranfundgrube möglichst bald zu einem modernen Bergbaubetrieb ausgebaut werden, denn Minister Strauß ist während seiner verschiedenen Auslandsreisen, als er in Madrid, Stockholm, London und Washington wegen Uran-Ankäufe anfragte, überall auf Ablehnung gestoßen.

Erst nach zähen Verhandlungen bewilligten die Amerikaner kürzlich dem bundesdeutschen Atomminister eine *Leihgabe* von Brennstoffelementen, die zusammen zwölf Kilogramm Uran 235* — den wirksamen Bestandteil des Urans — enthalten sollen. Diese Brennstoffelemente werden zusammen mit den in Amerika bestellten drei Forschungsreaktoren geliefert. Die Engländer, die zwei Reaktoren für die Bundesrepublik bauen, wollen Strauß ebenfalls nur eine bescheidene Menge Brennstoffelemente *leihen*.

Strauß mußte vertraglich garantieren,

* Uran 235 ist im natürlichen Uran nur zu 0,7 Prozent enthalten

daß die verbrauchten Elemente später an die amerikanische und die englische Atomenergiebehörde zur chemischen Aufbereitung zurückgeliefert werden. Wörtlich heißt es in dem deutsch-britischen Atomabkommen vom 31. Juli dieses Jahres: „Die Bundesregierung verpflichtet sich, sicherzustellen, daß Unterlagen über die Höhe der Betriebsleistung im Betrieb und den Verbrauch an Reaktor-Brennstoffen geführt werden und daß darüber jährlich oder zu Fristen, die im Zusammenhang mit der Aufbereitung der bestrahlten Brennstoffe erforderlich sind, an die (Atomenergie-)Behörde berichtet wird.“ Damit sicherten sich die Angloamerikaner die Kontrolle der Reaktorbetriebe.

Uran unter Adenauers Rosenbeeten?

Nirgendwo im Ausland konnte Strauß auch nur ein Gramm Uran käuflich erwerben, weil man dort ganz offensichtlich fürchtet, die westdeutsche Industrie könnte ihren Rückstand auf atomarem Gebiet — besonders im Bau von Atomkraftanlagen und Schiffen mit Atomtrieb — sehr bald aufholen und dann zu einem gefährlichen Konkurrenten werden.

Noch vor wenigen Wochen forderte der amerikanische McKinney-Ausschuß — ein Gremium von Politikern, Wirtschaftlern und Wissenschaftlern, das sich laufend mit Atomfragen beschäftigt — die Regierung in Washington zu verschärfter Wachsamkeit gegenüber den deutschen Atombestrebungen auf. Das Problem, wie man die deutsche Entwicklung auf dem Gebiet der Atomenergie in die „rechte Bahn“ lenken könne — so hieß es in einem Expertenbericht — gehöre zu den wichtigsten internationalen Atomproblemen überhaupt.

Durch die Absagen des Auslandes wurde Minister Strauß immer mehr auf den steinigen Pfad der Autarkie gedrängt, der in das Flicksche Urankonzessionsgebiet bei Weißenstadt führt. Dieser Landstrich wird sehr bald eine ähnliche Bedeutung haben wie das sowjetzonale Aue. Strauß brennt darauf, das Uranversuchsbergwerk der Maxhütte möglichst schnell so weit auszubauen, daß es jährlich sieben bis acht Tonnen Uran liefern kann. In dieser Menge ist etwa viermal soviel Uran 235 (dem wirksamen Uranbestandteil) enthalten wie in der amerikanischen Leihgabe. Die bescheidene Fichtelgebirgsproduktion würde ausreichen, um zunächst den einzigen Atommeiler zu speisen, der in Westdeutschland selbst gebaut wird und in Karlsruhe aufgestellt werden soll.

Der alte Konzernherr Friedrich Flick hat es aber mit dem Ausbau der Uranfundgrube bei Weißenstadt nicht so eilig wie Atomminister Strauß. Für Flick ist der Uranbergbau nur dann interessant, wenn der Staat das Geld für den zügigen Anlauf des Förderbetriebes vorschießt. Die Direktion der Flickschen Maximilianshütte AG hat bereits eine Aufstellung der Zuschüsse nach Bonn geschickt, die Flick vom Staat erwartet, wenn er den Uranbergbau ankurbeln soll. Sofort benötigt werden 2,2 Millionen Mark, davon sind 500 000 Mark als Lohnzulagen für die Uranbergleute vorgesehen. (Laut Bundeshaushaltsplan stehen dem Minister für Atomfragen in diesem Jahr ganze 2,5 Millionen Mark für die Förderung des Uranbergbaues und der Uransuche zur Verfügung.)

Zur Zeit wird in Straußens Ministerium an dem Plan gearbeitet, eine Uran-Berg-



Gut frisiert - mehr Erfolg!

Sie erreichen mehr, wenn Sie sich sicher fühlen. Sie fühlen sich sicher, wenn Ihre Frisur tadellos sitzt! Mit Wellaform frisiert, sehen Sie stets gepflegt aus. Auch solche scheinbaren »Kleinigkeiten« sind wichtig, wenn Sie Erfolg im Leben haben wollen.



Weil fürs Haar - vom Friseur!

Kolestral-Frisiercreme



Erbitten Sie Probetube von Wella-Darmstadt 157

Würzig oder süß - was würden Sie vorziehen?

Interessant, wie heute von Menschen der »modernen Richtung« — und immer mehr auch von Damen — ein herbes, rassiges Getränk den süßen vorgezogen wird. Heute will man wissen, was man trinkt.

Darum wurde Gordon's Gin so berühmt. Gordon's ist ein reiner Kornbrand, sorgfältig mit seltenen Beeren und Kräutern destilliert. Ein wenig Gordon's Gin macht jedes Getränk rassig.

Versuchen Sie selbst, wie ausgezeichnet ein Grapefruit-, Zitronen- oder Orangensaft mit etwas Gordon's schmeckt — wie würzig er wird.

Gordon's
der richtige
Gin



Import:
Charles Flovie
Hamburg

baugesellschaft zu gründen, deren Anteile zu zwei Drittel in staatlicher Hand bleiben sollen. Den Rest könnte Flick übernehmen.

Um dem etwas halstarrigen Flick zu beweisen, daß es auch noch andere Gesellschaften gibt, die das Risiko der Uran-suche und Versuchsförderung auf sich nehmen, wurde vor kurzem der Bayerischen Braunkohlen - Industrie AG (BBI) in Schwandorf, einem Tochterunternehmen der Elektrizitätsgesellschaft Bayernwerk, eine Aufsuchungskonzession für ein weitläufiges Gebiet erteilt, das direkt an das Flücksche Konzessionsrevier grenzt und bis an die österreichische Grenze bei Passau reicht. Nach Ansicht der Geologen soll in diesem bergigen Terrain mehr Uran zu holen sein als im Schwarzwald, im Waldecker Bergland und im Harz, wo bereits vor längerer Zeit Probebohrungen vorgenommen worden sind.

Bundesminister Strauß möchte alle diese Forschungen weitertreiben. Da aber sein Etat ebenso dürrig ist wie die bisherige Uran-Ausbeute, und da die Bundesregierung wegen des wehrpolitischen Engagements mit Geld für Forschungszwecke aller Art ebenso knaust wie Amerika mit seinen Uranleihgaben an Westdeutschland, ersuchte Minister Strauß die westdeutsche Wirtschaft, die geologischen Untersuchungen zu fördern.

Neuerdings betätigen sich Uranspürer sogar in der nächsten Umgebung des Straußschen Atomministeriums. Sie tasten das Rheinische Siebengebirge mit Spürinstrumenten ab. Dabei will ein besonders eifriger Meßtrupp auf eine uranführende Gesteinsschicht gestoßen sein, die bis in die Nähe der Rhöndorfer Rosenbeete des Bundeskanzlers Konrad Adenauer reichen soll.

HANDWERK

BÄCKER

Das veränderte Gehirn

Die Gewißheit, für die medizinische Wissenschaft ein außerordentlich interessantes Demonstrationsobjekt geworden zu sein, ist dem Bäckermeister Carl Flintrop, 52, aus dem Bremer Arbeitervorort Sebaldsbrück nur ein recht schwacher Trost angesichts der Tatsache, daß er vorher ganz langsam seine geistige Gesundheit eingebüßt hat, und zwar auf eine höchst seltene Art und Weise, ohne daß die im Verlauf dieses bedauernswerten Vorgangs konsultierten Ärzte die Ursache erkannt hätten.

Vor sechs Jahren noch war Carl Flintrop einer der fröhlichsten und lebenslustigsten Bäcker Bremens. Sein heiteres Gemüt und seine immerwährende Freundlichkeit mögen neben seinen beruflichen Leistungen mit dazu beigetragen haben, daß die Bäckerei florierte. Sie ging so gut, daß Carl Flintrop sich sogar die Errungenschaften des technischen Fortschritts zunutze machen wollte und seinen etwas antiquierten Backofen durch einen nicht billigen modernen Gasbackofen zu ersetzen gedachte.

Meister Flintrop nahm Kontakt mit der Bremer Maschinenfabrik Haagen & Rinau auf. Die Firma schickte ihren Generalvertreter Friedrich Lührs, der bald mit dem auf schnelle Lieferung bedachten Bäckermeister handelseins wurde. Das Erzeugnis der Firma Haagen & Rinau rollte im Mai 1951 an, und eilig wurde der schmucke Ofen — Marke „Brema“ — installiert.

Indes, Meister Flintrops Freude an dem neuen Gerät wurde schon nach wenigen

Tagen empfindlich getrübt, weil er sich plötzlich gesundheitlich nicht mehr auf der Höhe fühlte. Ihn quälte häufiges Erbrechen; Schwindelanfälle, Ermüdung und Unlust stellten sich ein.

Hausarzt Dr. Kuppel meinte, das Leiden müsse wohl vom Magen herrühren und verordnete eine Rollkur. Das half nicht recht, und so wurde ein anderer Arzt, Dr. Martines, konsultiert. Er hielt die Mandeln für die Ursache. Flintrop ließ sie sich herauschälen, indes ohne Erfolg. Ein zu Rate gezogener Homöopath schickte den Meister zum Nervenarzt. Dieser Mediziner hörte aus Flintrop heraus, daß der neue Backofen dem unlustigen Meister viel



Kranker Meister Flintrop
War der Backofen schuld?

Ärger bereite. Der Nervenarzt riet, einen neuen Backofen anzuschaffen; im übrigen solle Meister Flintrop viel an die frische Luft gehen.

Die plötzlichen Beschwerden waren dem Meister Flintrop um so unangenehmer, als ihm — wie er dem Nervenarzt schon erzählt hatte — der neue Gasbackofen in der Tat Kummer machte. „Brema“-Konstrukteur Ingenieur Johann Müller jedoch fand seine Schöpfung in bester Ordnung: Der Ofen müsse nun erstmal ein Vierteljahr austrocknen, dann brenne er wunderbar.

Sogar schriftlich versicherten Ingenieur Müller und der Mitinhaber der Firma Haagen & Rinau, der gelieferte Gasbackofen sei nicht nur konstruktiv in Ordnung, sondern auch handwerklich absolut einwandfrei erbaut und genüge durchaus den im Bäckergewerbe durchschnittlich gestellten Ansprüchen.

Das Gebaren des Bäckermeisters Flintrop wurde inzwischen immer seltsamer. War früher seine Munterkeit kaum zu bändigen gewesen, so saß er jetzt zu Hause und blies Trübsal. Die Backwaren gerieten häufig daneben, und der Umsatz ging merklich zurück.

Erst im Oktober 1952, anderthalb Jahre, nachdem der neue Gasbackofen an Flintrop

geliefert worden war, legte sich der Bäckermeister zum erstenmal die Frage vor, ob zwischen seiner dauernden Lustlosigkeit und dem neuen Backofen etwa irgendein Zusammenhang bestehe. Zu diesem Zeitpunkt erklärte nämlich der Schornsteinfeger Hanke dem Flintrop, warum er neuerdings öfter komme: Er prüfe Abzug und Schornstein deshalb so häufig, weil der Meister von Erbrechen heimgesucht und sogar ohnmächtig werden könne, falls die Abgase seines Ofens einmal nicht frei abziehen könnten.

In der nun dämmernden Erkenntnis, der Gasbackofen habe ihn anderthalb Jahre hindurch langsam vergiftet, machte sich Flintrop auf, den Hausarzt Kuppel zu unterrichten. Die von Kuppel veranlaßte Blutuntersuchung ergab dann in der Tat eine chronische Kohlenoxydgas-Vergiftung des Bäckers Flintrop.

Am Morgen des 3. Januar 1953 brach Flintrop, als er vor seinem Backofen stand, in der Backstube zusammen. Von diesem Tage an drehte er die Brennerhähne des Ofens endgültig zu und stellte bei der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Fremdenverkehr alsbald einen Antrag auf Rente.

Flintrop pilgerte von Gutachter zu Gutachter, um seine Rentenansprüche bestätigen zu lassen. Aber die Ärzte konnten weder Symptome einer organischen Erkrankung des Nervensystems noch psychische Veränderungen erkennen. Professor Baader vom Knappschaftskrankenhaus in Hamm (Westfalen) entschied nach zehntägiger Beobachtung schließlich: Minderung der Erwerbsfähigkeit um zwanzig Prozent, entschädigungspflichtige Berufskrankheit. Im übrigen habe sich Flintrop in eine Art Neurose hineingesteigert, die von den in den letzten Jahren erlittenen Mißerfolgen herrühre.

Flintrop wollte sich mit diesem Bescheid nicht zufrieden geben und klagte gegen die ihm zuerkannte Berufsunfähigkeit von zwanzig Prozent. Doch noch weitere ein- einhalb Jahre sollten vergehen, ehe Meister Flintrop die Bestätigung hatte, daß er kein Rentensimulant ist, sondern ein durch ständiges unmerkliches Einatmen von minimalen Dosen Gases an Leib und Seele gebrochener Mann, einer, wie es Hausarzt Kuppel formulierte, der höchstens noch in der Lage ist, als Pförtner unter der ständigen Aufsicht eines Oberpförtners zu arbeiten.

Im Monat Juli untersuchten schließlich die Professoren Meyer und Schmitt in der psychiatrischen und neurologischen Klinik der Universität Heidelberg den Fall Flintrop mit den modernsten Mitteln medizinischer Forschung. Was sie mit Hilfe von Hirnstrombild, Hirnlufftfüllung, Rückenmarkpunktion sowie etwa 40 Röntgenaufnahmen des Kopfes und des Gehirns herausfanden, wurde für wert befunden, einem Konzil hervorragender ärztlicher Spezialisten und einem internationalen Ärztekongreß in London als das eindrucksvolle Bild einer durch monatelange Gaseinatmung organisch veränderten Persönlichkeit überzeugend demonstriert zu werden.

Objektiv nachgewiesen wurde eine allgemeine Schädigung der Großhirnhemisphären bei einer Erweiterung der dritten Gehirnkammer. Die Heidelberger Ärzte diagnostizierten, es liege eine nicht mehr heilbare Dauerschädigung vor.

Nun streiten sich der am Hirn kranke Bäckermeister Flintrop, die Lieferfirma des Gasbackofens und die Stadt Bremen, deren Beauftragte den Betrieb des Gasbackofens genehmigten, vor Gericht herum, ob im Ofen selbst, in falscher Installation oder in falscher Bedienung die Ursache des Schadens zu suchen ist.